

ENSI – Aufsicht im Fokus der Öffentlichkeit

Bundesrat und Parlament haben im Nachgang zur Katastrophe von Fukushima im März 2011 zwar den „Atomausstieg“ beschlossen, aber darauf verzichtet, ein konkretes Datum für die Ausserbetriebnahme der Schweizer Kernkraftwerke zu fixieren. Diese „sollen solange laufen, wie sie sicher sind“. - „Jetzt kommt es auf das ENSI an“, sagte Bundesrätin Doris Leuthard in der Parlamentsdebatte.

Damit war die Aufsichtsbehörde des Bundes über die Schweizer Kernkraftwerke, welche erst 2009 aus der zentralen Bundesverwaltung ausgegliedert worden war, definitiv in den Fokus des öffentlichen politischen Interesses gerückt.

In der Folge musste das ENSI rasch erkennen, dass die Interessen der zentralen Bundesverwaltung und der Aufsichtsbehörde nicht immer die gleichen sind und es musste lernen mit politischem Druck von verschiedensten Seiten umzugehen.

Die grosse Herausforderung für das ENSI ist es, im Spannungsfeld der emotionalen öffentlichen Debatte um die Schliessung der alternden Kernkraftwerke, der wirtschaftlich schwierigen Lage der Stromindustrie und der Versorgungssicherheit der Schweiz mit Strom die eigene, unabhängige Handlungsfähigkeit zu erhalten.